

„Interkulturellen Integration“

Nordrhein-Westfalen ist das Land der Vielfalt. Einwanderung hat NRW interessanter gemacht – gesellschaftlich, kulturell und auch ökonomisch. Vielfalt ist die Stärke NRW! Soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe sind die zentralen Begrifflichkeiten, an denen sich vor diesem Hintergrund die Politik der SPD orientiert. Aber wir wissen: Gesellschaftliche Teilhabe kommt nicht von allein. Deshalb arbeitet die SPD Düsseldorf an einem kommunalpolitischen Konzept, um die Voraussetzungen zur Umsetzung der landespolitischen Vorgaben vor Ort zu schaffen. Unser langfristiges Ziel ist es, das Bewusstsein zu schaffen, dass Migration und die Integration neuer Bürgerinnen und Bürger in einer globalisierten Gesellschaft ein natürlicher Prozess ist.

Die internationalen Verflechtungen nehmen im globalen Kontext zu. Mehr als bisher gilt es, in der Düsseldorfer Kommunalpolitik die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Chancen für das internationale Düsseldorf zu nutzen. Rund 200.000 Menschen mit Migrationshintergrund leben in Düsseldorf; 42 Konsulate und 5.000 ausländische Unternehmen haben hier ihren Sitz. Sie alle sind Botschafter ihrer Länder in unserer Stadt – sie sind auch Botschafter Düsseldorfs in der Welt. Wir wollen im wechselseitigen, respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander die damit verbundenen Herausforderungen meistern, um die Chancen für uns alle in Düsseldorf zu nutzen. Die SPD Düsseldorf will dabei nicht *über* Migrantinnen und Migranten sprechen, sondern *mit* ihnen nach Lösungen suchen.

Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten ist jedoch gleichzeitig auch sehr heterogen: Viele leben schon in der zweiten oder dritten Generation in Düsseldorf und sind hier geboren. Andere sind neu zugewandert und bringen Qualifikationen und Berufserfahrungen aus ihrem Herkunftsland mit. Ihr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beitrag zum Wohlstand verdient unsere Achtung und Anerkennung. Diese Vielfalt ist unsere Stärke und unser Potenzial für die Zukunft. Für uns bedeutet Vielfalt die Gleichstellung von Frauen und Männern, von Jung und Alt, von Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung.

Akzeptanz und Solidarität sind seit langem die Eckpunkte unserer Integrationspolitik. Die Anerkennung von Diversität als gesellschaftlicher Gewinn, das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe

aller Menschen an der Gesellschaft und die Beseitigung von Benachteiligung und Diskriminierung sind dabei zentrale Ziele. Dabei ist die Gleichberechtigung aller Migrantengruppen eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen interkulturellen und interreligiösen Dialog. Die SPD Düsseldorf steht für die Achtung und Gleichberechtigung der Kulturen und Religionen im Sinne des Grundgesetzes.

Die anstehende Entwicklung unseres Integrationskonzepts bedeutet eine neue Grundausrichtung, weil es bei dem gemeinsamen Zusammenleben aller Düsseldorferinnen und Düsseldorfer eben nicht um „die und wir“, sondern um alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt geht. Eine Begegnung auf Augenhöhe, mit gegenseitigem Respekt und gleichberechtigter Teilhabe aller Düsseldorferinnen und Düsseldorfer mit und ohne Migrationshintergrund – das ist das Ziel unseres Integrationskonzepts. Wir sehen Integration nicht nur als eine Bringschuld der Zugewanderten, sondern besonders auch als eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft.

Die SPD Düsseldorf bekennt sich zu einer Gesellschaft der kulturellen Vielfalt in Düsseldorf. Wir reduzieren dabei den Begriff des Multikulturellen nicht ethnisch auf die Herkunftskultur, sondern interpretieren ihn als Beschreibung einer vielschichtigen und mehrdimensional ausdifferenzierten Gesellschaft. Wir erkennen an, dass Düsseldorf eine Stadtgemeinschaft mit vielen Lebenswelten ist. Pluralisierung ist ein unumkehrbarer Prozess moderner Gesellschaften in einem vereinten Europa. Die dadurch entstehende Vielfalt bedeutet für uns gesellschaftlichen Reichtum, in dem es für uns gilt, ein gleichberechtigtes Miteinander unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Die SPD Düsseldorf tritt für die Idee der Interkulturalität ein. Wir sehen Verschiedenheit als Normalfall an. Wir alle müssen lernen, Vielfalt der unterschiedlichen Lebensformen als Chance zu nutzen. Das erfordert unsere plurale demokratische Gesellschaft. Interkulturelle Kompetenz ist eine zentrale Schlüsselkompetenz für die Zukunft. Sozialstrukturelle Integration bedeutet für uns die Chancengleichheit aller Gruppen in den relevanten gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen: im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt, in den Systemen der sozialen Sicherheit und der politischen Teilnahme sowie beim Zugang zu wichtigen Institutionen wie Medien, Justiz, Polizei, Verwaltung und Wissenschaft.

Sozialkulturelle Integration heißt dabei für uns: Die Gesellschaft wird nicht in Mehrheit und Minderheit geteilt, sondern wir leben miteinander auf der Basis gemeinsamer Sprache, Regeln

und Grundwerte und gleichzeitig im gegenseitigen Respekt der jeweiligen sozialen und kulturellen Besonderheiten.

Die traditionellen und rückwärtsgewandten Konzepte der Assimilation haben in der modernen Gesellschaft der Vielfalt und in der SPD keinen Platz. Das gilt auch für die Integrationskonzepte der vergangenen Jahrzehnte, die es durch spätes und unverbindliches Handeln versäumt haben, Integrationshemmnisse abzubauen.

Die SPD Düsseldorf orientiert sich vielmehr an der Idee der „wechselseitigen Integration“ aus der Erklärung des Rates der Europäischen Union zu den Leitlinien der Integrationspolitik von 2004. Diese beschreibt „wechselseitige Integration“ als „einen gegenseitigen Prozess, der auf wechselseitigen Rechten und korrespondierenden Pflichten für rechtmäßige Drittstaatenangehörige und die Gastgesellschaft beruht, der die umfassende Partizipation der Immigranten sicherstellt.“

Diese wechselseitige Integration zu erreichen geschieht nicht von alleine. Zu ihr gehört auch

- die gesellschaftliche Akzeptanz, dass gesteuerte Einwanderung notwendig und bereichernd ist;
- und die Akzeptanz, dass sich interkulturelle Integration nicht von allein entwickelt, sondern erheblicher politischer, gesellschaftlicher und individueller Anstrengungen aller bedarf.

Die SPD Düsseldorf will vor Ort die Grundlagen für die Umsetzung dieser Ziele schaffen. Wir wollen entsprechend der Grundwerte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Chancengleichheit über soziale Grenzen und unterschiedliche Herkunft hinweg durchsetzen. Diese Idee ist für uns auch für die Gestaltung der interkulturellen Gesellschaft in Düsseldorf leitend. Das Konzept der interkulturellen Integration trägt den Bedürfnissen der Migrantinnen und Migranten Rechnung, sieht sie als Botschafter Düsseldorfs und verlangt nicht, mit den Wurzeln ihrer Herkunftskultur zu brechen. Vielmehr wollen wir die innovativen und produktiven Potenziale von Diversität nutzen, statt diese unreflektiert wegzuassimilieren.

Die SPD setzt sich auf Grund ihrer Geschichte und politischen Programmatik für eine soziale und kosmopolitische Demokratie ein. Für die SPD sind alle Menschen und ihre Würde gleich und

gleichwertig. Die SPD tritt ein für Respekt gegenüber jedermann und jederfrau und setzt sich für eine Politik und Kultur der Anerkennung ein. Deshalb bekämpft die SPD aktiv jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, rechtem Populismus und Antisemitismus.

Das Integrationskonzept für Düsseldorf

Integration beginnt vor Ort. Integrationsarbeit findet vor allem in den Kommunen statt. Hier sind die Folgen einer erfolgreichen oder einer verfehlten Integrationspolitik am schnellsten und am unmittelbarsten spürbar. Internationalität, kulturelle Vielfalt und Offenheit für verschiedenste Lebensweisen machen Städte attraktiv. Internationalität darf sich dabei nicht allein auf die Positionierung Düsseldorfs im Städteranking beziehen, sondern muss im Sinne einer vielfältigen, attraktiven und bereichernden Stadtgesellschaft gelebt werden. Ein harmonisches Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft, eine gelungene Integration also, ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft unserer Stadt. Daher fordert die SPD Düsseldorf die Weiterentwicklung des gesamtstädtischen Integrationskonzepts für Düsseldorf im Hinblick auf das durch die Landesregierung erlassene „Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration“.

Für die SPD Düsseldorf ist Migrations- und Integrationspolitik eine wichtige kommunale Querschnittsaufgabe im Sinne des Nationalen Integrationsplans, die konkrete Ziele und Maßnahmen kommunaler Integrationspolitik bestimmt. Integration ist für uns ein partizipativer Prozess, in dem wir die im Bereich Migration und Integration aktiven Akteure, wie z.B. den Integrationsausschuss, die Migrantenorganisationen, die Gewerkschaften und die Wohlfahrtsverbände beteiligen und eine fachwissenschaftliche Begleitung anstreben. Die SPD Düsseldorf ist sich dabei bewusst, dass Migrantinnen und Migranten keine homogene Gruppe in unserer Gesellschaft bilden, sondern aufgrund ihrer Herkunft, Kultur, Religion und Weltanschauung unterschiedliche Bedürfnisse, Wünsche und Fördermöglichkeiten haben.

Schwerpunkte sollen in den Bereichen der Sprachförderung, der Bildung und Ausbildung und des Arbeitsmarktes gesetzt werden. Außerdem soll die Teilhabe von Düsseldorferinnen und Düsseldorfern mit Migrationshintergrund und der Organisationen, in denen sie sich engagieren, verbessert werden. Das neue Konzept soll das Regelsystem durch eine konsequente Strategie der **Interkulturellen Öffnung** und des „Cultural Mainstreaming“ so gestalten, dass bestehende Hürden zur Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund identifiziert und abgebaut wer-

den können. Die Vorteile einer solchen Öffnung der Gesamtstrukturen kommen allen Düsseldorfern und Düsseldorfern zu Gute und leisten einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit und Weltoffenheit Düsseldorfs.

Integration fängt mit dem sicheren Aufenthalt an

Die Grundvoraussetzung für eine nachhaltige und gleichberechtigte ökonomische und gesellschaftliche Integration ist der gesicherte Aufenthaltsstatus. Auch wenn der Großteil der in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen ein Daueraufenthaltsrecht besitzt und sie damit zumindest rechtlich deutschen Staatsangehörigen beim Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt gleichgestellt sind, gibt es weiterhin eine beträchtliche Anzahl von Staatsangehörigen aus Drittstaaten mit befristeten Aufenthaltstiteln oder einer Duldung (kein Aufenthaltstitel). Sie unterliegen vielfältigen und teils undurchschaubaren rechtlichen Beschränkungen beim Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, sozialen Leistungen und vor allem bei Leistungen der Gesundheitsversorgung. Viele von ihnen fristen auf Jahre hinaus eine unwürdige Existenz im Wartestand. Vor diesem Hintergrund treten wir für eine umfassende Neubewertung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Regelungen ein. Bei der notwendigen Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, sehen wir den Bund in der Pflicht, die Kommunen finanziell zu unterstützen.

Politische Partizipation

Integration zu fördern heißt auch, Migrantinnen und Migranten am Prozess der politischen Willensbildung zu beteiligen. Nur wer sein Lebensumfeld aktiv mitgestalten kann, wird sich auch damit identifizieren. Die Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten ist weiterhin eine der wichtigsten Mechanismen für eine gelungene Integrationspolitik. Der Begriff des „Ausländers“ und des „Gastarbeiters“ war bis vor knapp zehn Jahren eine übliche Definition für Migrantinnen und Migranten, die hier ansässig waren. Die bis Ende der 1990er Jahre realitätsferne und diskriminierende „Ausländerpolitik“ der Bundesrepublik stellte die Gesellschaft vor neue Fragen und Herausforderungen. Konzepte für die Integration der Nachkommen der Gastarbeiter in der zweiten, dritten und vierten Generation gab es ebenso wenig wie für tausende von Spätaussiedlern und Flüchtlingen.

Die SPD Düsseldorf fordert, das kommunale Wahlrecht auf alle Bürgerinnen und Bürger, die hier länger als fünf Jahre leben, auszuweiten! Die SPD Düsseldorf setzt sich zudem für die ge-

sellschaftliche Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft und damit für die Abschaffung des Optionszwangs auf Bundesebene ein. Wir treten dafür ein, dass die doppelte Staatsangehörigkeit auch für Bürgerinnen und Bürgern aus „Nicht-EU-Staaten“ ermöglicht wird. Unser Ziel ist eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, für die etwa 7 Millionen in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürgern mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Sprache und Bildung sind Schlüssel zur Integration

Sprachkenntnisse sind die Basis für gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Gezielte Sprachförderung in Deutsch und auch in der Muttersprache muss deshalb bereits in Kindertagesstätten beginnen und auch in den Schulen und den Institutionen der Aus- und Weiterbildung fortgeführt werden. Der Grundstein für Integration wird schon in der KiTa gelegt. Auch vor dieser Folie ist das sogenannte Betreuungsgeld abzulehnen. Wir setzen uns deshalb für den konsequenten Ausbau der Betreuungsangebote für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein. In den Kindertagesstätten muss der Bildungsauftrag in Bezug auf Spracherwerb mehr Gewicht bekommen. Der Erziehungsauftrag muss um interkulturelle Pädagogik erweitert werden.

Dazu gehört eine vertiefte pädagogische Ausbildung, mit der Erzieher und Erzieherinnen auf die besonderen Anforderungen hinsichtlich Spracherwerb und Interkulturalität vorbereitet werden.

Das dreigliedrige Schulsystem benachteiligt neben Kindern aus sozial schwachen Familien insbesondere Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Die Selektion nach der vierten Klasse grenzt aus und manifestiert die Benachteiligung aufgrund von sozialer Herkunft. Deshalb sollen Kinder länger gemeinsam lernen. Von einer vielfältigen Schülerschaft profitieren alle Kinder. Neben dem Erlernen von sozialen Kompetenzen stehen am Ende mehr Schulabgänger mit besseren Abschlüssen. Deswegen fordern und unterstützen wir Gründungen von Sekundarschulen und fordern mindestens eine weitere Gesamtschule in Düsseldorf.

Die Schulsozialarbeit muss ausgeweitet und mit interkultureller Kompetenz ausgestattet werden. Um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, soll die Stadt Düsseldorf kommunal geförderte Weiterbildungsprogramme anbieten. Die heute in den Düsseldorfer Kindertagesstätten beschäftigten Erzieherinnen und Erzieher erhalten so die Möglichkeit, die erforderlichen interkulturellen Kompetenzen zu erwerben.

Um der Diskriminierung ausländischer Schülerinnen und Schulen ein Ende zu bereiten und das Ziel einer wechselseitigen Integration auch in der Schule zu realisieren, müssen wir die Schulen bei der Erarbeitung von Konzepten zur interkulturellen Kompetenz unterstützen. Dies sehen wir als elementare Aufgabe, um Schülerinnen und Schüler beim Übergang vom Primar- in den Sekundarbereich zu unterstützen, beim Übergang Schule/Beruf und beim Übergang Schule/Hochschule. Die SPD Düsseldorf kämpft dafür, kein Talent auf diesem Weg zurückzulassen.

Integration durch Arbeit – Ökonomische Integration

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist elementar für die soziokulturelle wie ökonomische Integration. Wer aufgrund seiner Herkunft keine Chance auf Arbeit hat, dem bleibt auch die Teilhabe an der Gesellschaft versagt.

Die Anerkennung von ausländischen Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen stellt hierbei weiterhin eines der größten Hindernisse dar. Noch heute werden Universitätsabschlüsse aus Nicht-EU-Staaten in den meisten Fällen nicht anerkannt. Berufsabschlüsse, die im Ausland erworben wurden, sollen hier durch Schulungen aufgewertet werden, was sich jedoch organisatorisch als sehr schwierig erweist. Zahlreiche Migrantinnen und Migranten können häufig die Kosten für Integrationskurse und Schulungen finanziell nicht tragen. Gerade Frauen sehen sich mit Problemen der Kinderbetreuung während dieser Maßnahmen konfrontiert. Langwierige und bürokratisch schwierige Prozesse zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt auf niedrigerem Berufsniveau führen nicht nur zu Frust bei den Betroffenen, sondern es werden dabei auch Prozesse des Einlebens und des Einfindens in die Gesellschaft blockiert. Viele Migrantinnen und Migranten werden dadurch nicht nur von der Teilnahme am Arbeitsleben ausgegrenzt; ihnen wird langfristig auch der finanzielle Wohlstand verwehrt.

Die Debatte um den Fachkräftemangel ist neu entfacht. Arbeitsagentur und Job-Center Düsseldorf sind deshalb gefordert, die individuellen Stärken von Migrantinnen und Migranten intensiver zu fördern und dabei zu helfen, Einstellungshürden abzubauen. Dennoch wurden bis zu diesem Jahr kaum nachhaltige und effektive Maßnahmen zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen ergriffen. Das neue Gesetz der Bundesregierung zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen bietet nur wenig innovative und hilfreiche Regelungen. Die SPD-geführte Landesregierung hat deshalb im Juli dieses Jahres das „Landesanererkennungsgesetz“ im Kabinett verabschiedet. Damit schafft NRW die Grundlage, um in Zeiten eines sektoral wach-

senden Fachkräftemangels ausländische Qualifikationen anzuerkennen und die damit vorhandenen Ressourcen an Fachkenntnissen bei Migrantinnen und Migranten sinnvoll zu nutzen. Wir legen Wert darauf, dass dabei auch innovative Verfahren zur Kompetenzfeststellung, wie beispielsweise praktische Leistungsnachweise und Arbeitsproben, ermöglicht werden.

Anders als im Bundesgesetz vorgesehen, soll in NRW damit auch eine umfassende kommunale Beratungsstruktur für die Betroffenen aufgebaut werden. Hier wird Düsseldorf gefordert sein, die notwendigen Schritte zur Umsetzung des Landesgesetzes vorzunehmen.

Unternehmensgründungen von Migranten müssen durch einen Gründungsbegleitprozess, in dem sie spezielle Informations- und Beratungsangebote von der Verwaltung bekommen, gefördert werden. Hierzu hat die SPD-Ratsfraktion und SPD-Internationale Liste im Rahmen der vergangenen Etatberatungen für das Jahr 2012 durchgesetzt, dass Migrantinnen und Migranten im Rahmen des Existenzgründungsverfahrens einen Leitfaden in ihrer Muttersprache in Düsseldorf angeboten bekommen. Solche Ansätze im Bereich der Serviceleistungen müssen in Düsseldorf konsequent weiterentwickelt werden.

Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Verwaltung

Die interkulturelle Kompetenz in der Stadtverwaltung, insbesondere in der sozialen Arbeit und in den KiTas, muss ausgebaut werden und bei Stellenausschreibungen und -besetzungen sowie in der Fortbildung von Beschäftigte ihren Niederschlag finden. Die Verwaltung soll sich gezielt für Beschäftigte mit Migrationshintergrund öffnen.

Trotz der Regelungen, Migrantinnen und Migranten für die Tätigkeit in der Stadtverwaltung zu gewinnen, bleibt ihre Zahl sehr niedrig. Laut dem „Monitoring zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Düsseldorf“ betrug der Anteil der städtischen Beschäftigten mit Migrationshintergrund gerade einmal 396 Personen, also 3,8 Prozent der Gesamtbeschäftigten. Die Anzahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund im selben Jahr betrug 14 Personen, also 2,9 Prozent aller Auszubildenden. Auf die Initiative der SPD-Ratsfraktion beschloss der ehemalige Ausländerbeirat, eine Beratung für Jugendliche mit Migrationshintergrund anzubieten, die einen Ausbildungsplatz in der Stadtverwaltung anstreben. Dieses Angebot wird von zahlreichen Jugendlichen wahrgenommen und muss weiter ausgebaut werden.

Kulturelle Vielfalt statt Einfalt – für eine interkulturelle Ausrichtung der Kulturpolitik

Ein zentrales Aufgabenfeld für eine gelungene Integrationspolitik stellt die Kulturpolitik dar.

Migration beinhaltet unweigerlich die Begegnung verschiedener Kulturen und birgt somit ein großes Potential für neue kreative Dynamik. Besonders für unsere Landeshauptstadt bedeutet diese Vielfalt eine wichtige Voraussetzung, um auch in Zukunft ihren Stellenwert als kulturelle Metropole aufrecht zu halten.

Doch die demografische Entwicklung einer Zuwanderungsgesellschaft bringt eine grundlegendere Folge mit sich, die unsere Kultureinrichtungen unter einen strukturellen Veränderungsdruck setzen. Unser Anspruch an die Kulturpolitik ist, dass jedem Mitglied unserer Gesellschaft die Chance auf kulturelle Selbstentfaltung ermöglicht werden soll. Wenn dieses Ziel auch Morgen noch Bestand haben soll, dann müssen die Institutionen auch die kulturellen Einflüsse einer multikulturellen Gesellschaft in ihrer Arbeit widerspiegeln.

Die SPD Düsseldorf fordert deshalb die interkulturelle Öffnung der Düsseldorfer Kultureinrichtungen. Dabei verbinden wir mit Interkulturalität den Grundsatz, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht an eine vorhandene Kulturlandschaft angepasst werden, sondern dass sich die Institutionen strukturell an diesen Umstand anpassen.

Zudem zielt die SPD Düsseldorf mit dem Begriff der Interkulturalität nicht auf eine bloße anteilige Repräsentation diverser Migrantengruppen im allgemeinen Kulturbetrieb ab. Vielmehr geht es um die Entwicklung einer neuen gemeinsamen kulturellen Identität – bundesweit und auf kommunaler Ebene. Dieser Prozess ist nicht von oben herab zu steuern, doch Politik muss ihren Beitrag hierzu leisten. Deshalb fordert die SPD Düsseldorf, dass die Stadt Düsseldorf Interkultur zu einem generellen Qualitätskriterium in der Kulturarbeit erklärt und als solche in ihre Förderrichtlinien für die Beiräte festschreibt. Bei der künftigen Besetzung von Beiräten und Juries im Kulturbereich soll geprüft werden, ob Kulturschaffende mit Migrationshintergrund stärker berücksichtigt werden können als bisher. Darüber hinaus soll die Stadt unter anderem über finanzielle Anreize die städtisch geförderten Kulturinstitutionen dazu animieren, ihre konzeptionelle Arbeit für den interkulturellen Ansatz stärker zu öffnen.

Ein wichtiger Baustein für die kulturelle Bildung in Düsseldorf ist die Stadtbücherei, in der viele Menschen mit Migrationshintergrund einen geeigneten Lernort für sich entdeckt haben. Die SPD Düsseldorf setzt sich dafür ein, dass die Stadtbücherei sich stärker der interkulturellen Bibliotheksarbeit verpflichtet. Dazu gehört eine ausreichende Vermittlung an interkultureller Kompetenz des Personals, ein angemessener und aktueller Bestand an Medien in den jeweiligen Muttersprachen sowie eine Programmarbeit für Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund.

Kulturelle und religiöse Vielfalt: Dialog statt Vorurteile

Die SPD hat sich in ihrem Grundsatzprogramm eindeutig zur Toleranz in Fragen des Glaubens bekannt. Das gilt selbstverständlich auch für die SPD Düsseldorf: „Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung.“

Religion ist für uns Privatsache, sie darf aber staatlicherseits nicht unverhältnismäßig beschränkt werden. Der öffentlich-rechtliche Schutz für Religionsgemeinschaften, wie er im Grundgesetz verankert ist, sowie die erklärte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften „im Sinne einer freien Partnerschaft“ ist unser Ziel. Wir suchen deshalb das Gespräch und den regelmäßigen Dialog mit allen Düsseldorfern Religionsgemeinschaften.

Religion muss sich für uns aber im Rahmen der Gesetze bewegen. Wir lehnen verfassungswidrig handelnde, für die Gesellschaft in Deutschland eine Gefahr darstellende radikale Gruppierungen aller Religionsgemeinschaften ab und verurteilen die Ausübung von Gewalt und terroristische Angriffe auf das Schärfste.

Dieses Eckpunktepapier bildet die Grundlage, um bis zur Kommunalwahl 2014 ein kommunales Handlungsprogramm zu erstellen, welches das Ziel verfolgt, die ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe aller Düsseldorferinnen und Düsseldorfer am gesellschaftlichen Zusammenleben zu gewährleisten. Dabei wollen wir u.a. die folgenden Ideen diskutieren:

- Alle Kindertagesstätten und alle Grundschulen haben mit einem Zertifikat ihre interkulturelle Kompetenz der Leitung und der ErzieherInnen bzw. der LehrerInnen nachgewiesen. Diese interkulturelle Kompetenz der Erziehungsinstitutionen wird als Teil des Düsseldorf-Images international vermarktet.
- 50 Prozent der weiterführenden Düsseldorfer Schulen haben ein von der jeweiligen Schulkonferenz beschlossenes Konzept für die interkulturelle Kompetenz der SchülerInnen und des Kollegiums beschlossen. Ihre Partnerschaften mit Schulen in anderen Ländern wollen wir unterstützen.
- Für die Sekundar- und Berufsschulen wird mit Handwerkskammer und IHK ein Mentorenprogramm entwickelt, das für jede/jedem zweiten Schülerin/Schüler mit Schul-schwierigkeiten eine Begleitung durch ehrenamtliche, gezielt geschulte Mentoren bis zum erfolgreichen Schulabschluss sicherstellt.
- In einem Bündnis mit dem Handwerk, der IHK und mit internationalen Arbeitgeberverbänden wollen wir die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen und der AusbildungsabbrecherInnen mit Migrationsgeschichte halbieren.
- Mit den Wohlfahrtsverbänden wollen wir gemeinsam beraten, wie wir auch unbegleiteten (Kinder-)Flüchtlingen eine Chance für einen lebenswerten Aufenthalt in unserer Stadt ermöglichen.
- Mit öffentlichen Mitteln geförderte Familienzentren, Familienberatungsstellen und Familienbildungseinrichtungen werden aufgefordert, ein quartiersspezifisches Angebot für das Zusammenleben der Familien in Vielfalt zu entwickeln. Die Umsetzung der Konzepte wird im Rahmen eines Innovationswettbewerbes gefördert. Dabei wollen wir auch die sich ändernden Familienstrukturen berücksichtigen.
- Die Hälfte der ZentrenPlus praktizieren ein von den BesucherInnen entwickeltes Konzept der interkulturellen Öffnung der Zentren für die älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, um die wachsende Vielfalt im Alter für alle als Chance zu nutzen.
- Zusammen mit den Migrantenselbstorganisationen und den sozialen Trägern wollen wir ein kulturgerechtes, gesamtstädtisches Konzept für den würdevollen Umgang im Fall

von Pflege und Demenz für alte Migrantinnen und Migranten – mit ausreichend Tages-, und Kurzzeitpflegeplätzen – entwickeln.

- Im Kulturausschuss werden wir uns für einen runden Tisch einsetzen, um mit dem kulturellen Angebot unserer Stadt der kulturellen Vielfalt der mit uns lebenden Menschen gerecht zu werden und unser bisheriges Programm um qualitative Angebote aus anderen Ländern zu bereichern.
- In der Stadtverwaltung werden die Zuständigkeit für Fragen von Migration und Integration nicht auf die sozialen Fragen reduzieren. Vielmehr soll dieses Aufgabengebiet im Büro des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin angesiedelt und als Querschnittsaufgabe behandelt werden.
- Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) wird personell erweitert, um für schulpflichtige Kinder aus neu zugewanderten Familien zeitnahe Beratung über die zu wählende Schulform gewährleisten zu können.
- Die zur Verfügung stehenden städtischen Mittel für Integrationsprojekte sollten durch Projektförderung im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds (EIF), nach Möglichkeit mit Kofinanzierung durch die Mittel des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, aufgestockt werden.
- Für Sport und Bewegung in Düsseldorf wird ein quartiersbezogenes kulturgerechtes Konzept „Düsseldorf bewegt“ entwickelt, das die Sportvereine darin unterstützt, ihre bestehende Angebote kulturgerecht weiter zu entwickeln.
- Die MitarbeiterInnen des Ausländeramtes nehmen an Fortbildungsveranstaltungen zur interkulturellen Kompetenz teil, das Ausländeramt wird regelmäßig - unter Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohnern - einer Qualitätsprüfung unterzogen.
- In den Bezirken der Stadt werden die SPD-Fraktionen runde Tische mit Migrantenselbstorganisationen beantragen, mit dem Ziel, gemeinsame Eckpunkte für die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen und Dienstleistungen in den Bezirken zu entwickeln und über die Gründung von dezentralen Kulturbegründeräumen zu beraten.
- Die SPD unterstützt Initiativen zur Bekämpfung von Rassismus und rechter Gewalt und fordert die Einrichtung einer Anlaufstelle, in der sich Betroffene oder Opfer von Diskriminierungen auf Grund von Herkunft, Religion, Geschlecht, sprachlicher, kultureller oder sexueller Orientierung wenden können und wo solche Diskriminierungen im Alltag dokumentiert und aufgearbeitet werden.

- Als Zeichen für Weltoffenheit und Kosmopolitismus fordert die SPD ein Haus der Kulturen in Düsseldorf.
- Bewerbungen für die öffentliche Verwaltung der Stadt werden bis zum Vorstellungsgespräch anonym erbeten. Für die eigentlichen Personalentscheidungen wird ein „Diversityberater“ hinzugezogen, der analog zu den Gleichstellungsbeauftragten darauf achtet, dass Diskriminierung nicht stattfindet.